



Der 1. Untersuchungsausschuss hat in seiner Sitzung am 6. November 2014 beschlossen:

Beschluss

Der 1. Untersuchungsausschuss möge beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, im Wege der Amtshilfe in Ergänzung zu ihren Stellungnahmen auf den Ausschussdrucksachen 104 und 131, dem Ausschuss die Antwort des Justizministers der USA auf die Fragen der Bundesregierung beziehungsweise des Bundesjustizministeriums zu den Strafvorwürfen gegen Edward J. Snowden mitzuteilen, die gegebenenfalls im Weg eines Auslieferungsverfahrens von den USA geltend gemacht werden könnten.



Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB